

*aktiv für Sie*

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer
für Arbeiter und AngestelltePräsidium des Nationalrates
Dr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	65-GE/10...93
Datum:	13. OKT. 1993
Verteilt:	15. Okt. 1993

Dr. Thayer

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

☎ (0222) 50165

Ihr Zeichen

-

Unser Zeichen

SP-ZB-2611

Bearbeiter/in

Mag Ziniel

☎ DW 2384

FAX 2478

Datum

11.10.1993

Betreff:

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-
behindertengesetz geändert wird

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte übersendet 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:

Mag Heinz Vogler



Der Direktor:

iA

Mag Georg Gröss-Ziniel

Beilagen

*aktiv für Sie**A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534**Bundeskammer**für Arbeiter und Angestellte*

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

*Prinz-Eugen-Straße 20-22**A-1041 Wien, Postfach 534**☎ (0222) 50165**Ihr Zeichen*

ZI 45.300/3-1/93

Unser Zeichen

SP-2611

Bearbeiter/in

Mag Ziniel

DW

FAX

2384

2478

Datum

30.09.93

Betreff:

Bundesgesetz, mit dem das
Bundesbehindertengesetz
geändert wird

Die Bundesarbeitskammer nimmt zu den Vorhaben des Entwurfes wie folgt Stellung:

1. **Finanzielle Unterstützung von Behindertenorganisationen**

Die gesetzliche Verankerung von finanziellen Zuwendungen an Behindertenorganisationen und Vereinigungen im Sinne des § 10 Abs 1 Z 6 wird vorbehaltlos unterstützt. Wie in den Erläuterungen dargestellt, hat beispielsweise die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation wichtige Impulse in der Behindertenpolitik gesetzt. Die finanzielle Absicherung derartiger Tätigkeiten liegt zweifellos im öffentlichen Interesse.

2. Die Anhebung der Kaufpreisgrenze auf öS 250.000,-- trägt den gestiegenen Kosten für Autokauf und notwendigen Umbauten Rechnung und kann daher als gerechtfertigt angesehen werden.

3. Fahrpreisermäßigung für behinderte Menschen

Entsprechend den geänderten Rechtsgrundlagen durch das Eisenbahngesetz 1992 (BGBl Nr 825/1992) soll die Einräumung einer Fahrpreisermäßigung für behinderte Menschen durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales bestellt und abgerechnet werden. Die Rechtsgrundlage dafür soll § 48 Abs 1 bilden.

§ 48 Abs 2 umschreibt den persönlichen Geltungsbereich. Hier wird seitens der Bundesarbeitskammer vorgeschlagen, der in § 48 Abs 2 Z 5 genannten Personengruppe auch dann eine Fahrpreisermäßigung zu ermöglichen, wenn sie ihre Begünstigteneigenschaft nach dem Bundesbehindertengesetz verlieren, weil sie Geldleistungen wegen dauernder Berufsunfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit) oder Ruhegelder oder Pensionen aus dem Versicherungsfall des Alters beziehen und nicht in Beschäftigung stehen.

4. Behindertenpaß

Unter Berücksichtigung der 51. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz sollte eine inhaltliche Anpassung an die Vorgaben des § 253 d ASVG vorgenommen werden. Hier wurde der Versicherungsfall der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit aufgenommen, dies sollte in § 40 Abs 1 Z 2 des Bundesbehindertengesetzes berücksichtigt werden.

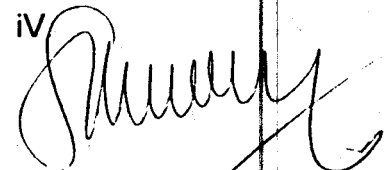
Der Präsident:



Mag Heinz Vogler



Der Direktor:

iv

Dr Bernhard Schwarz